

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Gartenstadt**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Freitag, den 17.11.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	15:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	16:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Gartenstadt-Cafe, Königsbacher Straße 14

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Klaus Schneider

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Ulrich Sommer

Eva-Maria Uebel

Florian Hartkorn

Antonietta D'Amelio

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Norbert Kimpel

Werner Kempf

Stefan Klee

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Joachim Vocke

### DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Claus Guntrum

### FWG-Ortsbeiratsmitglied

Hans Arndt

### Schriftführer/in

Brigitte Kachelmeier-Schmitt

## **Entschuldigt fehlten:**

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Birgitta Frings

Hermann Broich

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Andreas Rennig

Markus Lemberger

Elisabeth Schäfer

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Barrierefreier Ausbau der Haltestelle Marienkrankenhaus  
Vorstellung der Vorentwurfsplanung  
Vorlage: 20174838
4. Messwerte im Abstrom des Metrogeländes  
Vorlage: 20174950
5. Bauvorhaben der GAG, Ostpreußenstraße  
Vorlage: 20174951
6. Vorstellung der Caritas-Beratungs- und Begegnungsstätte Max-Hochrein-Haus  
Vorlage: 20174952
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Verlängerung der 30 km/h Zone in der Niederfeldstraße zwischen Fugger- und Wißmannstraße  
Vorlage: 20174953
8. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Umstellung der gesamten Niederfeldstraße in eine 30 km/h-Zone  
Vorlage: 20174954
9. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Stellungnahme zur Verweigerung eines Schulsozialarbeiters in der Ernst-Reuter-Schule  
Vorlage: 20174955
10. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Anbringung von Abfalleimern an den vorhandenen Hundekotbeutelkästen in der Gartenstadt  
Vorlage: 20174956
11. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Rückschnitt der Hecken um den Otto-Thiele-Platz  
Vorlage: 20174957
12. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Sachstandsbericht über die derzeitige Belegung der Häuser in der Wollstraße, sowie über die zukünftige Nutzung  
Vorlage: 20174958
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Pläne oder Konzept für die künftige Nutzung des Volkshauses

Vorlage: 20174959

14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Planungen zur Errichtung eines kleinkindgerechten Spielplatzes in der Eichenstraße  
Vorlage: 20174960
15. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Zustand der GAG-Garagen in der Kärntner Straße  
Vorlage: 20174962

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Gartenstadt war beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung öffentlicher Teil weist Ortsvorsteher Klaus Schneider auf eine Korrektur aus der Ortsbeiratssitzung vom 08.09.2017, TOP 16 betreffend, hin:

„Der Antragsteller ist mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Außer einem Ortsbeiratsmitglied (wünscht Begründung) ist der restliche Ortsbeirat der Ansicht, dass eine Pflasterung der Fläche die bessere Lösung wäre.“

## **Protokoll:**

### **zu 1      Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger spricht die sanitäre Situation in der Gymnastikhalle der Niederfeldschule an. Von 5 neuen Duschen, sind nur 3 funktionstüchtig. Dies wurde auch schon in einer ausgehängten Liste vermerkt. Bis jetzt ist keine Reparatur erfolgt und der Bürger wünscht deshalb eine Anregung von Seite des Ortsbeirates an die Verwaltung, damit die Duschen repariert werden.

### **zu 2      Bericht Ortsvorsteher**

Ortsvorsteher Klaus Schneider berichtet:

1. Sanierung Straßenbeleuchtung:  
Lt. Auskunft der Verwaltung wird der Posten „Kleinmaßnahmen“ nicht wieder in der Ausbaubeitragssatzung erscheinen, da gesetzlich keine Dispositionsmasse erlaubt ist bzw. es werden weiterhin Gelder benötigt, um defekte Beleuchtungskörper im Stadtteil auszutauschen. Frage aus dem Ortsbeirat: Inwiefern es eine gesetzliche Änderung gegeben hat, da diese dem Ortsbeirat nicht mitgeteilt wurde. Ortsvorsteher Klaus Schneider wird sich nochmals mit der Verwaltung in Verbindung setzen, um abzuklären, ob weiterhin eine Zuordnungsfähigkeit des Ortsbeirates bestehen bleibt.
2. Friesenheimer Weg:

Nach Ansicht des zuständigen Bereiches ist der Weg verkehrssicher bzw. es bestehen keine gefahrdrohenden Zustände. Bei Maßnahmen ab 10.000 € bedarf es einer Unabwendbarkeitserklärung des ADD.

3. In 2018 werden die Straßenreinigungsgebühren den Ortsbeiräten vorgestellt.
4. Der Garagenhof Kärntner Straße ist nicht im Eigentum der GAG, sondern ist Privatbesitz.
5. Übergabe eines Förderbescheides im Oktober in Höhe von über 6,5 Mio Euro durch Frau Finanzministerin Doris Ahnen.
6. Informationen zu Baumfällungen
7. Beschluss durch Stadtrat (11.12.2017) und Bau- und Grundstücksausschuss (23.10.2017) Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Wohn- und Geschäftshaus Leininger Straße

### **zu 3           Barrierefreier Ausbau der Haltestelle Marienkrankenhaus Vorstellung der Vorentwurfsplanung**

Herr Chigar vom Bereich Tiefbau (4-14) und Projektleiter stellt anhand von Plänen dem Ortsbeirat detailliert die Umbaumaßnahmen des barrierefreien Umbaus der Haltestelle Marienkrankenhaus (Nord- und Südseite). U. a. mit Leitsystem und Kessler-Bord. Der Ausbau ist notwendig, da z. B. Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollatoren und gehbehinderte Menschen die Haltestellen in der jetzigen Form nicht nutzen können. Die Vorentwurfsplanung der Südseite basiert auf 2 Grundlagen: 1. Vorgabe der RNV, dass mindestens 3 Busse halten können. 2. Vorgabe: Zufahrten müssen frei sein. Aus diesem Grund muss ein Baum entfernt und die Haltestelle ca. 15 m verlängert werden. Der Fahrgastunterstand wird an gleicher Stelle sein. Auch die Haltestelle auf der Nordseite muss 15 m verlängert werden und zwar aus dem gleichen Grund wie auf der Südseite, so dass auch der 3. Bus gerade stehen kann. Die 4 bestehenden Bäume bleiben erhalten (Nordseite). Für die Maßnahme sind ca. 350.000 € veranschlagt. Beim Land wurden Fördermittel im März 2017 beantragt. Die Bauzeit wird insgesamt 4 Monate (jeweils 2 Monate/Haltestelle) betragen. Ein gleichzeitiger Ausbau ist nicht möglich, da dies eine Vollsperrung der Maudacher Straße in dieser Zeit bedeuten würde. Die Umleitung der Busse wird in dieser Zeit über die Hochfeldstraße, Leininger Straße und Königsbacher Straße erfolgen.

Die Terminplanung sieht lt. Herrn Chigar folgendermaßen aus:

- Vorentwurfsvorstellung im Ortsbeirat
- Anwohnerversammlung
- Genehmigung der Maßnahme durch den Bau- und Grundstücksausschuss  
Voraussetzung: Der Förderbescheid liegt vor
- Fertigstellung der Ausführungsplanung/Vergabe der Maßnahme
- voraussichtlicher Baubeginn im 3. Quartal 2018

Nach seinem Vortrag beantwortet Herr Chigar noch Fragen aus dem Ortsbeirat u. a. nach dem Leitsystem und Ersatzhaltestellen.

Ortsvorsteher Klaus Schneider und die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Chigar für seine Ausführungen.

#### **zu 4      Messwerte im Abstrom des Metrogeländes**

Herr Herzhauser vom Bereich Umwelt stellt die aktuellen Messwerte im Abstrom des Metrogeländes - dessen Sanierung vor 3 Jahren mit einer Versiegelung abgeschlossen wurde - .Ziel dieser Maßnahme war es zu verhindern, dass Regenwasser-Zutritt von oben verhindert werden sollte. Also das Grundwasser zu schützen. Unter anderem stellt er anhand eines Planes detailliert die vorhandenen Messstellen vor, so z. B. Messstelle Nr. 8 auf dem Plan. Hier wurde eine hohe Belastung des Schadstoffes Chlorbenzol festgestellt. Bei Messstelle 9 wiederum war keine Schadstoffbelastung festzustellen. Lt. Herrn Herzhauser ist es ein schmaler Streifen der aus dem Metro-Gelände herausgeht und Richtung Jägerweiher fließt. Des Weiteren führt er aus, dass es um den Michaelsberg traditionell viele Messstellen gibt. Hier wollte man erfahren, inwieweit man eine Abgrenzung zwischen Michaelsberg und Jägerweiher vollziehen kann. Auch informiert er über ein 2-Zoll-Verfahren (Direct-Push), bei dem eine Sonde in 9 m Tiefe geschossen wird, um Proben zu ziehen. In diesem 2-Zoll-Verfahren wurden 16 Messstellen gesetzt (im Bereich Michaelsberg) und auch Proben genommen. Aufgrund dieser Messergebnisse wurde eine Messstelle im Bereich des Jägerweihers neu gesetzt. Eine Grafik zeigt die einzelnen Schichten und den technischen Aufbau einer Messstelle.

Herr Herzhauser betont, dass man eine Abgrenzung zwischen Michaelsberg (relativ hoher Wert) und Metrogelände sehen muss.

Zweimal im Jahr werden sämtliche Messstellen gemessen (Frühjahr und Herbst), d. h. die Grundwasserstände werden gemessen und eine Analytik gemacht.

Außerdem informiert er über die Grundwasser-Fließrichtung vom Metrogelände und eine Schadstoff-Fahne, die sehr gering belastet ist und stellt die dazugehörigen Parameter vor. Die Fließgeschwindigkeit beträgt +/- 20 cm pro Jahr, dies bedeutet, dass es sehr lange dauert, bis das Grundwasser auch die Schadstoffe mitnimmt. D. h. der Effekt, der vor 3 Jahren abgeschlossene Maßnahme zeigt sich erst nach Jahren. Die vorhandenen Messstellen können auch als Sanierungsmessstellen ausgebaut werden.

Herr Herzhauser betont, dass die Grundwasserwerte (aufgrund der Tiefe von ca. 90 m) in Ordnung sind.

Fazit: Jägerweiher- Zustrom hohe Werte, Abstrom geringe Werte.

Nach seinem Vortrag beantwortet er noch Fragen aus dem Ortsbeirat hinsichtlich des Geländes Von-Kieffer-Straße, Fließgeschwindigkeit des Grundwassers, öffentlicher Zugang der Werte (einzusehen beim Bereich Umwelt).

Ortsvorsteher Klaus Schneider und die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Herzhauser.

#### **zu 5      Bauvorhaben der GAG, Ostpreußenstraße**

Frau Fath, Bereichsleiterin Planung, der GAG informiert detailliert anhand von Plänen über

den 2. Bauabschnitt der Ostpreußenstraße. Vom Land Rheinland-Pfalz liegt ein Förderbescheid vor. Es gibt noch ein Gebäude, das voll bewohnt ist und sukzessive geleert werden soll. Aus diesem Grund fand eine Unterteilung in A und B statt. Wenn dieser Baukörper leer ist, kann mit dem 2. Bauabschnitt (B) begonnen werden. Die Planung sieht hierfür 2019 vor. Mittlerweile wurde mit Rohbau (A) Ostpreußenstraße 2-8 begonnen. Die Linie von 1. BA wird fortgeführt. Er besteht aus 3 Gebäuden, 4 Wohngeschosse mit einem Keller (gleicher Stil wie 1. BA), insgesamt 56 Wohnungen. 23 2-Zimmer-Wohnungen, 23 3-Zimmer-Wohnungen und 10 4-Zimmer-Wohnungen. Die Wohnungen des 1. BA und 2. BA unterscheiden sich in der Anzahl der rollstuhlgerechten und barrierefreien Wohnungen, die alle im EG sein werden. Alle Häuser verfügen über Aufzüge. Die Baukosten belaufen sich auf 8 Mio. Euro. Etwas höher als im 1. BA, da die Baukosten gestiegen sind. Die Gesamtwohnfläche beläuft sich auf 4.100 qm. 56 Stellplätze müssen baurechtlich nachgewiesen werden und 60 wird die GAG herstellen. Des Weiteren wird es eine Fahrradanlage für insgesamt 112 Fahrräder (lt. Landesbauordnung) und Abstellmöglichkeiten im Haus geben. Eingerichtet wird auch ein Kinderspielplatz in den Außenanlagen. Darüber hinaus erläutert Frau Fath die geplante Grüngestaltung, z. B. Pflanzung von Bäumen.

Für die Gartenstadt belaufen sich die Investitionen der GAG von 2009-2019 auf ca. 57 Mio. Euro.

Nach ihrem Vortrag beantwortet Frau Fath noch Fragen aus dem Ortsbeirat, z. B. Miete/qm, geplanten Garagen, Stellplätzen und Behinderten-Stellplätzen.

Ortsvorsteher Klaus Schneider und die Fraktionen bedanken sich bei Frau Fath für ihre Ausführungen.

## **zu 6      Vorstellung der Caritas-Beratungs- und Begegnungsstätte Max-Hochrein-Haus**

Herrn Ton-Vinh Trinh-Do, seit September 2017 Leiter der Außenstelle Max-Hochrein-Haus stellt die Einrichtung vor. Die Einrichtung ist eine gemeindepsychiatrische Beratungs- und Begegnungsstätte des Caritas-Förderzentrums von St. Johannes und St. Michael in Friesenheim. Das Angebot der Einrichtung richtet sich an Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Das beinhaltet u. a.: Beratung von Betroffenen und Angehörigen, Kontakt und Freizeitangebote, niedrigschwellige Angebote zur Tagesstruktur und verfügt über einen Garten, Werkstatt, Sport, Musik, Tanz und bietet Tagesangebote an. Die Öffnungszeiten wurden verlängert: Mo-Fr 9-15.30 bzw. 16.30 Uhr. Der Besuch der Einrichtung ist kostenfrei und jeder kann kommen.

Des Weiteren lädt er die Ortsbeiratsmitglieder ein, sich die Räumlichkeiten einmal anzuschauen.

Außerdem betont er, dass er nicht nur Menschen im Max-Hochrein-Haus, sondern in allen Stadtteilen helfen möchte. Auch sei er schon einige Zeit ehrenamtlich als Seelsorger tätig, u. a. in der Bayreuther Straße. Er könnte sich auch vorstellen, die Einrichtung z. B. einmal im Gartenstadt-Café vorzustellen, da es wichtig sei – gerade bei diesem Krankheitsbild – mit den Menschen im Dialog zu bleiben.

Ortsvorsteher Klaus Schneider und die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Ton-Vinh Trinh-

Do für seine Ausführungen und stellen in Aussicht, sich die Einrichtung mit den Ortsbeiratsmitgliedern anzuschauen.

**zu 7           Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Verlängerung der 30 km/h Zone in der Niederfeldstraße zwischen Fugger-  
und Wißmannstraße**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass die Tempo-30-Zone in der Niederfeldstraße unmittelbar vor der Einmündung Wißmannstraße in Fahrtrichtung Karlsbader Straße beginnt und wurde mit der Begründung eingerichtet, dass in diesem Bereich ein erhöhtes Querungsbedürfnis der Straße durch Fußgänger, bedingt durch die Geschäfte zu beiden Seiten der Straße und den beiden Kindertagesstätten im Bereich der Niederfeldstraße/Nachtigalstraße sowie der Bushaltestelle vorliegt. Da bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen immer auch die Belange der ÖPNV zu berücksichtigen sind, wurde das damalige Nahverkehrsunternehmen, heute ist es die RNV, eingebunden.

Neu hinzugekommen ist der Bereich zwischen Abteistraße und Fuggerstraße als Streckengeschwindigkeit 30 km/h. Dies wurde möglich, da der Gesetzgeber durch eine Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) nun im Bereich von Schulen, in diesem Fall die Grundschule, rechtlich zulässt. Damit soll die besondere Schutzwürdigkeit in einem bestimmten Straßenabschnitt verdeutlicht werden.

Wir werden in der nächsten Verkehrsrundfahrt vor Ort prüfen, ob es einen Grund für eine weitere Geschwindigkeitsbeschränkung gibt. Der Ortsvorsteher wird vom Ergebnis unterrichtet.

Der Antragsteller besteht nach wie vor auf der Geschwindigkeitsbeschränkung der gesamten Länge der Niederfeldstraße, da das Argument, dass hierdurch mehr Busse gebraucht werden nicht einleuchtend ist, da der Bus in der Karlsbader Straße jetzt schon Pufferzeiten hat. Der gesamte Ortsbeirat besteht nach wie vor auf den Ausbau der gesamten Niederfeldstraße als Tempo-30-Zone.

**zu 8           Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Umstellung der gesamten Niederfeldstraße in eine 30 km/h-Zone**

Siehe TOP 7

**zu 9           Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
Stellungnahme zur Verweigerung eines Schulsozialarbeiters in der Ernst-Reuter-Schule**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass

die ERS Realschule plus in der Vergangenheit einen eigenständigen Finanzierungsweg (im Rahmen des Lehrerdeputats) für Schulsozialarbeit gegangen ist und war nicht Bestandteil der Landesförderung für kommunale Schulsozialarbeit. Mit Weggang der Stelleninhaberin hat das Land die Förderung eingestellt.

Die Stadt Ludwigshafen hat in Anerkennung des Bedarfs an Schulsozialarbeit im Stellenplan 2017/2018 0,5 PE vorgesehen, der letztlich von der ADD auch genehmigt wurde. Auf unseren Antrag auf Landesförderung für diese Stelle vom 21.12.2016 haben wir keinen Bewilligungsbescheid vom Bildungsministerium erhalten, so dass keine Besetzung erfolgen konnte. Mit Schreiben vom 26.10.2017 (Eingang 06.11.2017) stellt die Landesregierung eine Mittelerrhöhung für kommunale Schulsozialarbeit in Aussicht, die eine gänzliche Neuplanung der Stellenverteilungen für alle Ludwigshafener Realschulen plus möglich macht. Das Land hat eine Frist für Neu- bzw. Änderungsanträge bis zum 30.11.2017 eingeräumt. Mit Pressemitteilung vom 08.11.2017 beziffert das Bildungsministerium die Neuberechnung der Fördermittel für Ludwigshafen mit 244.800,- € p.a.

Die Verwaltung wird bis zum Monatsende eine Neuverteilung unter Berücksichtigung der aktuellen Fördermöglichkeiten vornehmen und den entsprechenden Änderungsantrag beim Bildungsministerium einreichen. Mit Vorliegen des Bewilligungsbescheides wird die Verwaltung die zuständigen Gremien unterrichten.

Der Antragsteller hätte sich gewünscht, dass ein Vertreter der Verwaltung in der Sitzung anwesend gewesen wäre.

Dies könnte lt. Ortsvorsteher Klaus Schneider in einer Sitzung 2018 möglich sein.

**zu 10      Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Anbringung von Abfalleimern an den vorhandenen Hundekotbeutelkästen  
in der Gartenstadt**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass der WBL, Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, die Anbringung zusätzlicher Abfallbehälter veranlassen wird.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 11      Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Rückschnitt der Hecken um den Otto-Thiele-Platz**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass aufgrund des o. g. Antrags der für den Otto-Thiele-Platz zuständige Bereich „Immobilien“ (2-13) gemeinsam mit einem Kollegen des Bereichs „Grünflächen und Friedhöfe“ (4-21) einen Ortstermin durchgeführt hat. Dabei wurde festgestellt, dass ein Rückschnitt der Hecken und Sträucher auf dem Platz selbst sowie zu den Gehwegen entlang der Kallstadter Straße und der Abteistraße erforderlich ist. 4-21 erstellt insofern nun eine Kostenschätzung für die Rückschnittmaßnahme, welche anschließend kurzfristig beauftragt und durchgeführt wird.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 12      Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Sachstandsbericht über die derzeitige Belegung der Häuser in der Woll-  
straße, sowie über die zukünftige Nutzung**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass aktuell eines der beiden Punkthäuser von 14 Männern bewohnt wird. Je eine Person hat die syrische bzw. iranische Staatsbürgerschaft, die restlichen Bewohner kommen aus Afghanistan. Es werden männliche Einzelpersonen angefragt, die einer Arbeit/Praktikum nachgehen bzw. einen Sprachkurs besuchen, um ihnen bevorzugt diese Wohnmöglichkeit anzubieten. Das geschieht auf freiwilliger Basis, was zur Folge hat, dass einige Personen nicht umziehen wollten. Das zweite Punkthaus steht aktuell leer. Hier wollen wir mit Familien belegen, wobei hierfür noch keine Auswahl erfolgt ist und deshalb auch noch keine Zeitschiene genannt werden kann.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 13      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Pläne oder Konzept für die künftige Nutzung des Volkshauses**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass wie bereits zur Ortsbeiratssitzung am 10.03.2017 auf Anfrage der Ortsbeiratsfraktion der FWG/die Grünen mitgeteilt wurde, sich die Liegenschaft aktuell in der Leerstandsverwaltung befindet. Um eine weitergehende Nutzung als Versammlungsstätte zu gewährleisten, muss nach wie vor ein detailliertes Sanierungskonzept der Gasträume, der Küche, der Sanitäreinrichtungen, sowie des großen Saales erarbeitet werden. Zusammen mit der Feuerwehr ist der bauliche Brandschutz grundlegend neu zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen festzulegen. Dies kann aber nur dann sinnvoll erarbeitet werden, wenn die Nachnutzung konkret festgelegt und abgestimmt ist. Nachdem diverse Nutzungskonzepte für Flüchtlinge und Asylsuchende nicht zum Tragen kamen hat 4-13 ein Konzept zur Erweiterung der KTS Weißdornhag um 2 Gruppen mit einem Umbau des Bürgersaales entwickelt, welches jedoch aufgrund von neueren Festlegungen durch das Landesjugendamt für die KTS-Nutzung nicht mehr umsetzbar ist. Weitere, alternative Nutzungskonzepte werden derzeit nicht bearbeitet.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 14      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Planungen zur Errichtung eines kleinkindgerechten Spielplatzes in der Ei-  
chenstraße**

Ortsvorsteher Klaus Schneider verliest die Stellungnahme der Verwaltung, die mitteilt, dass

sich der nächstgelegene Spielplatz für Klein- und Schulkinder in der Eibenstraße befindet. Das Angebot auf dem Spielplatz wird geprüft, um ggfl. eine Attraktivierung in die Wege zu leiten.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 15      Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion  
              Zustand der GAG-Garagen in der Kärntner Straße**

Ortsvorsteher Klaus Schneider teilt mit -nach telefonischer Rücksprache mit Verwaltung und GAG -, dass sich die Garagen in Privatbesitz befinden.  
(siehe TOP 2, Nr. 4)

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
16:40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.11.2017

---

Brigitte Kachelmeier-Schmitt  
Schriftführer

---

Klaus Schneider  
Vorsitzende/r